

Notiz an Direktor Juri

Wg.
danke
ju

über den Verlauf der Sitzung der ständigen Wirtschafts-
delegation vom 28. Februar 1973

Traktandum 1:

Anpassungen im Rahmen der EFTA, als Folge des EWG-Vertrages.

Diesbezüglich bestehen noch Uebergangsprobleme für den Ur-
sprungsnachweis, die sozusagen eine Regelung von Fall zu
Fall erhalten sollen.

Für die landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukte ist die
Situation nach wie vor offen.

Unsere Maximalforderung lautet auf völlige Gleichbehandlung
von Umgehungsprodukten (Milchpulvermischungen) sowie Speise-
eis in EFTA und EWG. Diese Produkte sind in der EFTA zollfrei,
und unsere Abwehrmassnahmen für die Umgehungsprodukte sind
zum Teil EFTA-widrig.

Ursprünglich schlug man zu diesem Zwecke ihre Einfügung in
die Annex D vor. Das führte zu dogmatisch bedingten Wider-
ständen, weil eine Ausweitung von Annex D dem Zeitgeist zu
sehr entgegenläuft.

Man kam dann zum Vorschlag, eine Kategorie von Produkten ein-
zuführen, wie sie in Abschnitt c, Seite 2, der von Ihnen an-
geforderten und hier angehefteten Beilage umschrieben ist.

Diese Lösung hat juristische Tücken, weil Hemmungen bestehen,
in der EFTA die Bestimmungen des EWG-Vertrages ^{zu} übernehmen
und diese erforderlichenfalls auslegen zu müssen.

Es besteht nun aber doch Aussicht, auf diesem Weg zu einer
Teillösung zu kommen; der Widerstand kommt heute ausschliess-
lich von den Oesterreichern her, nachdem früher auch Schweden
noch opponierte.

Von einer Teillösung muss deshalb gesprochen werden, weil
wahrscheinlich die fettlose Glace nicht unter die Zollregelung
zurückgebracht werden kann.

Am 2. März geht Dr. Levy nach Wien, um ^{über} eine mögliche Regelung zu beraten. Es muss allerdings befürchtet werden, dass die Oesterreicher androhen, ihre Sonderpräferenz, die sie für Schweizer Milchsokolade bisher anwendeten, zurückzuziehen, weil ihnen die Unterbindung ihrer Exporte von Milchpulvermischungen als sehr schwerwiegend erscheint.

Von der österreichischen Präferenzregelung sind gemäss Vorort jährlich 3'000 Tonnen Schokolade betroffen. Für diese Zahlen wird pro Zentner 180 Schilling weniger Grenzabgabe erhoben, was einen Betrag von rund 800'000 Franken ergäbe. Jedoch ist zu bemerken, dass diese 3'000 Tonnen die ganze Position 1806.01 umfassen, worunter noch andere schokoladehaltige Nahrungsmittelzubereitungen fallen. Ich habe Dr. Lager Auftrag gegeben, die effektiven Exporte zu eruieren (Gemäss einer Bemerkung der Oesterreicher in Genf ist die Konzession etwa 200'000 Franken wertl. Pro 100 g-Schokoladetafel macht sie 2,7 Rappen aus.).

Traktandum 2:

Bestimmung der Sachgebiete, auf denen Kontakte und Konsultationen mit der EWG anzubahnen sind.

Es wurde auf die erste Tagung des Gemischten Ausschusses hingewiesen. (Die dort gefassten Beschlüsse bezüglich Geschäftsreglement und Ursprungsregelungen werden wir demnächst noch erhalten.)

Die Verkehrslage der Schweiz stellt einen Trumpf dar; der Transitverkehr rentiert aber nicht, man soll deshalb unsere Transitlinien gegen Vorteile, die dereinst der übrigen Volkswirtschaft zugute kommen können, einhandeln und aufsparen.

Es sind Bezugsmöglichkeiten für Kernbrennstoffe für die Kraftwerke bei der EWG zu sondieren, die Amerikaner wollen den geltenden Liefervertrag gegen einen für uns ungünstigeren austauschen.

Dr. von Tschärner erwähnt, dass man nicht zu sehr auf bilaterale Wünsche der EWG-Länder eingehen soll. Es besteht nämlich die Gefahr, so in Opposition zur Kommission zu geraten, ohne Chance, dass die Bittsteller im Ernstfalle für uns dann noch Partei ergreifen werden oder können.

Traktandum 3 und 4:

Aussenwirtschaftsprobleme im Verhältnis zu den USA, GATT-Fragen.

Das amerikanische Europajahr wird als Konfrontation auf verschiedenen Gebieten erwartet: Militär, Entwicklungshilfe, Währungswesen, Handel.

Für diese Globallösung steht ein eigentlicher Generalstab in Washington bereit: Ein Council on economic policy (oberste Koordination aller Massnahmen unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten, sowohl bezüglich Innen- wie Aussenfront).

Leiter: Finanzminister Schultz

Ein diesem Gremium untergeordneter Council on international policy mit Mitgliedern wie: Flannigen, Volker, Eberle.

Volker, Eberle und Petersen hatten Missionen nach Europa und Japan (Jolles traf bekanntlich Peteren inoffiziell in Paris, Eberle ebenso in Davos). Das waren Warnemissäre, sie hatten zu verstehen zu geben, dass entweder konstruktive multilaterale Kontakte zu beginnen haben, ansonsten die USA zu unilateralen Vorgehensweisen gezwungen wären.

Weiter sollten die innenpolitischen Probleme den Europäern erklärt werden: Die Aktion ist erforderlich, sonst kommen zuhause die Protektionisten zum Zuge. Zudem sollten Sondierungen zu Informationen führen, die es gestatten, die schon lange angekündigte "Trade-Bill" Nixons mit dem erforderlichen Instrumentarium auszustaffieren.

Auch wurde versucht, den GATT-Verhandlungsrahmen bereits etwas abzustecken.

Die erwartete Aussenhandelsvorlage (Trade-Bill) hat erwartungsgemäss positive und negative Aspekte.

Positiv: Weitgehende Vollmachten für Zollabbau und Ausräumen nichttarifärer Handelshemmnisse

Negativ: Arsenal möglicher Restriktionen, surcharges, Zollerhöhungen, quantitative Restriktionen.

Verbesserung der GATT-Ausweichsklausel: Erleichterungen bei der Geltendmachung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten.

Alle diese Instrumente entsprechen sowohl einem verhandlungstaktischen als auch einem innenpolitischen Erfordernis.

Es ist möglich, dass sowohl die Liberalen^{als} auch die Protektionisten im Kongress entweder Gegenvorschläge oder Abänderungsanträge einbringen werden.

Die Schweiz wird nun ein USA-Dossier bereitstellen müssen. Bundesrat Brugger wird anfangs Mai nach Washington gehen, Jolles eine Woche früher, um dort den schweizerischen Standpunkt vorzutragen.

Im GATT werden wir mit den USA demnächst zusammentreffen, wenn das Freihandelsabkommen mit der EWG behandelt wird. Amerika will dort den Artikel 23 gegen uns mobilisieren: Kompensationen für den Vereinigten Staaten durch das Abkommen entwertete Vorteile. Solche Klagen können jedoch formell erst erhoben werden, wenn vorher die GATT-Konformität des Abkommens verneint wird; dies wird aber als nicht möglich ausgeschlossen.

Für die eigentliche GATT-Runde werden wir uns vorbereiten müssen, und es ergeht jetzt schon der Aufruf an alle, Beiträge für das Dossier zu liefern. Folgende Fragen müssen dabei beachtet werden:

- Welche Zollabbaumethode ist vorzuziehen?
- Welche ^{nicht} tarifarischen Hemmnisse stören uns am meisten?
- Welche könnten wir eventuell selbst in die Verhandlung miteinbeziehen?

- Wie verhält es sich bei einer landwirtschaftlichen Verhandlung?
- Müssen ^{für} allfällige neue Ausweichsklauseln von der Schweiz aus besondere Kautelen gefordert werden?

Traktandum 5:

Aussenwirtschaftliche Aspekte der Währungssituation.

Das Floating ist gewählt worden, um auf dem Markt nicht intervenieren (= Dollars aufkaufen) zu müssen und um die Beruhigung der Situation abwarten zu können. Es gäbe noch die Möglichkeit, die Spaltung des Frankens einzuführen, d.h. Dollars, die aus dem Handelsverkehr stammen, werden von der Notenbank zu einem festen Frankenkurs zurückgekauft (gebundener Zahlungsverkehr), wogegen die Finanzdollars (Spekulationsgelder) frei bleiben würden. Diese Massnahme dürfe nicht einfach ausser acht gelassen werden, sei aber eine ultima ratio, die vor allem auch wegen des damit verbundenen administrativen Aufwandes nicht leichtfertig beschlossen werden könnte.

Nationalrat Fischer tritt bedingungslos für das Floating ein; die gedrückte Dollarnotiz sei der Preis, den die Exportindustrie an die Konjunkturdämpfung zu bezahlen habe!

Der Dollar ging übrigens seit April 1971 um 32,69 % zurück! Und keine Währung der Welt (nicht einmal der japanische Yen) hat seit dem 21. Januar 1973 eine grössere Aufwertung erfahren als der Schweizer Franken.

Direktor Winterberger betont die sehr gefährliche Situation, ~~man~~ rät aber allen, kein Gerede zu provozieren, weil dies unverzüglich zu einer erneuten Senkung des Dollarkurses führe. Besonders betroffen sind von der gegenwärtigen Situation Uhren, Schuhe, Textilien und Grossmaschinen. Für diese Sektoren ist die Lage regelrecht gefährlich.

Dr. Oetterli sagt, die Unsicherheit daure solange an, bis die vagabundierenden Dollars aus der Welt geschaffen seien. Die Schweiz allein könne keine autonome Lösung herbeiführen. Das Beste wäre, ein gleichgerichtetes und gemeinsames Floaten aller

EWG-Währungen zusammen. Damit seien aber die Engländer bestimmt nicht einverstanden, weil sie davon eine Aufwärtsbewegung der Kurse, bedingt durch die starke Position der DM, befürchten, was sie sich nicht leisten können.

Botschafter Grübel; nur eine richtige Dämpfung führt endlich dazu, dass sein Arbeitsmarktproblem eine Verringerung erfährt. Winterberger und Fischer machen nicht zustimmende Mienen.

Traktandum 6:

Orientierung über die Behandlung des Rey-Berichtes in der OECD.

Botschafter Jolles weist darauf hin, dass im Grunde genommen in der OECD eine gewisse ^{Ver}gelegenheit entstand, weil man nicht so recht wusste, was mit dem Bericht eigentlich anzufangen sei, als dieser schliesslich fertig auf dem Tische des Hauses lag. Inzwischen ist der Bericht dem obersten Koordinationsgremium zugeleitet worden, welches einzelne Arbeitsgruppen für die Weiterbearbeitung des Berichtes vorgesehen hat.

Traktandum 7:

Vorbereitung der Russlandreise von Bundesrat Brugger und Botschafter Probst.

Sie ist die Folge einer Einladung ~~waxxxx~~ von Patolicev, die dieser anlässlich seines Schweizer Besuches im Jahre 1971 ausgesprochen und im September 1972 formell wiederholt hatte.

Konkret werden eine VSM-Werkzeugmaschinenausstellung eröffnet und Erdgasvorverhandlungen geführt werden. Botschafter Probst wird eine Woche vorher nach Moskau abreisen.

Traktandum 8:

Käseproblem

Botschafter Rothenbühler sprach die Einleitung, Professor Rudolf erläuterte die Lage, worauf Direktor Winterberger unerwarteter-

weise ein Donnerwetter losliess: Die bäuerlichen Kreise hätten in der vergangenen Session für die währungsbedingten Aussenwirtschaftsprobleme der Industrie sehr ablehnende Haltung gezeigt. Am Fraktionsessen der BGB habe er seiner Entrüstung darüber Ausdruck gegeben und gewarnt: Wer eine Kontroverse mit dem Vorort suche, müsse sich über die Gefährlichkeit eines solchen Spiels im Klaren sein. Eine Polarisierung sei vom Vorort selbst nicht erwünscht, von ihm nahestehenden Kreisen jedoch schon. Eine Allianz mit den Konsumentinnen gegen die milchwirtschaftlichen Interessen sei ohne weiteres möglich.

Da weder Direktor Piot noch Professor Rudolf sich bemerkbar machten, erwiderte ich, dass Direktor Winterberger sich irre, wenn er denke, die währungspolitische Situation habe das Käseproblem ausgelöst. Im übrigen sei allgemein anerkannt, dass die Aussenhandelsregimes für Industrie- und Agrarprodukte nicht die selben sein könnten. Man sei bei uns einfach der Meinung, die Milchproduktion sei der unserer Landwirtschaft angemessenste Sektor, weshalb man dort Produktionsmöglichkeiten offen halten müsse.

Der Importsog komme ja nicht in erster Linie von den Konsumenten, sondern von den Importeuren, die mit Importwaren viel attraktivere Margen erwirtschaften, ohne dieselben weiterzugeben. Es gehe nicht an, dass ein freies Einfuhrregime letztlich dazu führe, die Taschen einiger Importeure auf Kosten der Volkswirtschaft zu füllen.

Botschafter Jolles eröffnete dann, dass die Handelsabteilung überzeugt sei, dass etwas geschehen müsse und zeigte die bestehende Differenz in den Auffassungen betreffend die Sofortmassnahmen.

Direktor Winterberger teilte mir mit, seine Bemerkungen richteten sich nicht gegen uns, aber gegen den Zentralverband und die BGB, die die Konfrontation suchten (was ich noch nicht wissen könne). Im übrigen sei er mit Botschafter Jolles völlig einig.

(Ob der Warnschuss abgegeben wurde, um via Professor Rudolf an den Zentralverband weitergeleitet zu werden, weiss ich nicht. Jedenfalls scheint Herr Winterberger die erste beste Gelegenheit benützt zu haben, um "den geerdeten Hammer" fallen zu lassen. In den allgemeinen Diskussionsrahmen passte die Uebung jedenfalls schlecht.)


H. Wyler

2. März 1973

Wy/ab